

TRADUCTION

AUTORITE FLAMANDE

F. 2012 — 1356

[2012/202534]

20 AVRIL 2012. — Arrêté du Gouvernement flamand portant agrément de la formation de master après master "Master of Plant Biotechnology" comme nouvelle formation de la "Universiteit Gent"

Le Gouvernement flamand,

Vu le décret du 4 avril 2003 relatif à la restructuration de l'enseignement supérieur en Flandre, notamment l'article 30, 11^o, l'article 60septies, inséré par le décret du 19 mars 2004, l'article 61, remplacé par le décret du 19 mars 2004 et modifié par les décrets des 16 juin 2006, 30 avril 2009 et 8 mai 2009, et l'article 62, remplacé par le décret du 19 mars 2004 et modifié par les décrets des 16 juin 2006, 30 avril 2009, 8 mai 2009 et 1^{er} juillet 2011;

Vu l'avis positif de la Commission d'agrément sur la macro-efficacité, rendu le 27 mai 2011;

Vu le rapport d'évaluation positif de l'Organisation d'accréditation néerlandaise-flamande du 28 février 2012;

Vu l'avis de l'Inspection des Finances, rendu le 30 mars 2012;

Sur la proposition du Ministre flamand de l'Enseignement, de la Jeunesse, de l'Égalité des Chances et des Affaires bruxelloises;

Après délibération,

Arrête :

Article 1^{er}. La formation de master après master "Master of Plant Biotechnology" est agréée comme nouvelle formation de la 'Universiteit Gent'. La formation est organisée par la faculté des Sciences. La durée de la formation s'élève à soixante unités d'études. La langue d'enseignement est l'anglais. La formation peut être organisée à partir de l'année académique 2012-2013.

Art. 2. Le Ministre flamand qui a l'enseignement dans ses attributions est chargé de l'exécution du présent arrêté.
Bruxelles, le 20 avril 2012.

Le Ministre-Président du Gouvernement flamand,

K. PEETERS

Le Ministre flamand de l'Enseignement, de la Jeunesse, de l'Égalité des Chances et des Affaires bruxelloises,

P. SMET

**DEUTSCHSPRACHIGE GEMEINSCHAFT
COMMUNAUTE GERMANOPHONE — DUITSTALIGE GEMEENSCHAP**

MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

D. 2012 — 1357

[2012/202451]

15. MÄRZ 2012 — Erlass der Regierung zur Ausführung des Dekretes vom 6. Dezember 2011 zur Förderung der Jugendarbeit

Die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Aufgrund des Artikels 20 des Sondergesetzes vom 8. August 1980 zur Reform der Institutionen;

Aufgrund des Artikels 7 des Gesetzes vom 31. Dezember 1983 über institutionelle Reformen für die Deutschsprachige Gemeinschaft;

Aufgrund des Dekretes vom 6. Dezember 2011 zur Förderung der Jugendarbeit, insbesondere die Artikel 6, 21 § 3 und 28 § 2 Absatz 3;

Aufgrund des Gutachtens des Finanzinspektors vom 18. November 2011;

Aufgrund des Gutachtens des Rates der deutschsprachigen Jugend vom 30. Dezember 2011;

Aufgrund des Einverständnisses des Ministerpräsidenten, zuständig für den Haushalt vom 5. Januar 2012;

Auf Grund des Gutachtens 50.872/3 des Staatsrates, das am 7. Februar 2012 in Anwendung von Artikel 84 § 1 Absatz 1 Nummer 1 der koordinierten Gesetze über den Staatsrat vom 12. Januar 1973 abgegeben wurde;

Auf Vorschlag des Ministers für Jugend,

Beschließt:

Artikel 1 - Begriffsbestimmungen

Für die Anwendung dieses Erlasses versteht man unter:

1. "Dekret": das Dekret vom 6. Dezember 2011 zur Förderung der Jugendarbeit;

2. "Regierung": die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft;

3. "Ministerium": die zuständige Dienststelle der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft.

Art. 2 - Zuschuss für interne Weiterbildungen

Interne Weiterbildungen sind gemäß Artikel 6 des Dekretes förderfähig, wenn:

1. mindestens fünf Ehrenamtliche oder Hauptamtliche aus der Antrag stellenden Jugendeinrichtung daran teilnehmen;

2. die Weiterbildung sich mindestens über acht Weiterbildungsstunden erstreckt.

Der Antrag auf Zuschuss ist spätestens dreißig Tage vor Beginn der internen Weiterbildung einzureichen. Er enthält neben den Nachweis der Erfüllung der in Absatz 1 genannten Bedingungen auch eine Liste der Ausbilder mit Angabe ihrer Qualifikationen und ihrer Kontaktdaten.

Zur Abrechnung des Zuschusses für interne Weiterbildungen sind folgende Unterlagen einzureichen:

1. eine Auswertung durch die Teilnehmer über die in der durchgeführten Weiterbildung erlangten Fähigkeiten und Fertigkeiten;
2. eine Teilnehmerliste und
3. die Belege der Unkosten.

Art. 3 - Grundlage der Personalbezuschussung

§ 1 . Als unter Artikel 21 § 3 und 28 § 2 Absatz 3 des Dekretes angegebene Personalkosten, für die den geförderten Jugendinformationszentren und den Arbeitgebern der Offenen Jugendarbeit Zuschüsse gewährt werden können, kommen in Betracht:

1. der Bruttobetrag des Gehaltes;
2. das Urlaubsgeld;
3. die in der zuständigen Paritätischen Kommission vereinbarte Jahresendgratifikation der beschäftigten Personalmitglieder;
4. die Arbeitsunfallversicherung der beschäftigten Personalmitglieder;
5. die vom Arbeitgeber in Anwendung der Gesetzgebung über die soziale Sicherheit der Arbeitnehmer zu entrichtenden Beiträge.

Außerdem gelten weitere gesetzlich vorgeschriebene sowie mit der Regierung in einem Rahmenabkommen festgehaltene Vorteile.

§ 2 . Als Zuschussgrundlage für die unter Artikel 21 § 3 und 28 § 2 Absatz 3 des Dekretes genannten Personalkosten dient die diesem Erlass beigefügte Gehaltstabelle. Die Sätze dieser Gehaltstabelle sind an die Schwankungen des Verbraucherpreisindex gebunden. Als Angelindex für diese Tabelle gilt bei Inkrafttreten des vorliegenden Erlasses 138,01.

§ 3 . Das Ministerium übermittelt den Jugendinformationszentren, den Arbeitgebern der Offenen Jugendarbeit sowie den Gemeinden jährlich die an die jeweilige Indexsituation angepasste Tabelle.

§ 4 . Nach der Einstellung eines Jugendarbeiters reichen die Jugendeinrichtungen eine Kopie des Arbeitsvertrages, des Auszugs aus dem Strafregister sowie der Diplome beim Ministerium ein, dem darüber hinaus jede Änderung des Arbeitsvertrages unverzüglich mitzuteilen ist.

Zur Überprüfung der unter Artikel 21 § 3 und 28 § 2 Absatz 3 des Dekretes genannten Personalausgaben reichen die Arbeitgeber der Offenen Jugendarbeit und die Jugendinformationszentren das zur Verfügung gestellte Formular mit folgenden Unterlagen jährlich vor Ende Februar ein:

1. die Bescheinigung eines anerkannten Sozialsekretariates oder andere Unterlagen, die die vom Arbeitgeber getragenen Kosten beweisen;
2. eine Kopie der Individualabrechnung des Jugendarbeiters;
3. eine Bescheinigung über die Teilnahme an den in Artikel 5 § 3 Absatz 1 Nummer 2 Buchstabe b und Absatz 2 Nummer 2 des Dekretes genannten Ausbildungen.

Art. 4 - Berechnung der Dienstjahre für Jugendarbeiter der Jugendinformationszentren und der Arbeitgeber der Offenen Jugendarbeit.

Bei der Berechnung des bezuschussbaren Anteils der Personalkosten laut Artikel 21 § 3 und 28 § 2 Absatz 3 des Dekretes werden die nachweisbaren Dienstjahre als Jugendarbeiter anerkannt.

Für die Berechnung der Dienstjahre gilt eine Anstellung im ersten Semester ab dem vorangegangenen 1. Januar, eine Anstellung im zweiten Semester eines Jahres ab dem darauf folgenden 1. Januar.

Bei Einstellung eines Jugendarbeiters, der sein 24. Lebensjahr noch nicht erreicht hat, werden nur die nachweisbaren Dienstjahre als angestellter Jugendarbeiter anerkannt.

Bei Einstellung eines Jugendarbeiters, der sein 24. Lebensjahr jedoch nicht sein 30. Lebensjahr erreicht hat, werden die nachweisbaren Dienstjahre als angestellter Jugendarbeiter anerkannt. Falls er so nicht nachstehende Dienstjahre erreicht, werden zusätzlich nachweisbare Berufsjahre berücksichtigt:

1. für einen Jugendarbeiter im 24. Lebensjahr: 1 Dienstjahr;
2. für einen Jugendarbeiter im 25. Lebensjahr: 2 Dienstjahre;
3. für einen Jugendarbeiter im 26. Lebensjahr: 3 Dienstjahre;
4. für einen Jugendarbeiter im 27. Lebensjahr: 4 Dienstjahre;
5. für einen Jugendarbeiter im 28. Lebensjahr: 5 Dienstjahre;
6. für einen Jugendarbeiter im 29. Lebensjahr: 6 Dienstjahre.

Bei Einstellung eines Jugendarbeiters, der sein 30. Lebensjahr erreicht hat, werden die nachweisbaren Dienstjahre als angestellter Jugendarbeiter anerkannt. Falls er so nicht sieben Dienstjahre erreicht, werden zusätzlich nachweisbare Berufsjahre berücksichtigt, ohne insgesamt sieben Jahre zu überschreiten.

Wenn die Summe der in anderen Tätigkeiten nachgewiesenen Berufsjahre unter 6 Monate liegt, wird das Jahr nicht gezählt; ab 6 Monate wird das Jahr berücksichtigt.

Die Dienstjahre als mindestens halbezeitig beschäftigter Jugendarbeiter oder in anderen Tätigkeiten werden als volle Dienstjahre berücksichtigt.

Art. 5 - Inkrafttreten

Dieser Erlass tritt 10 Tage nach seiner Veröffentlichung im *Belgischen Staatsblatt* in Kraft.

Artikel 3 tritt am 1. Januar 2013 in Kraft.

Art. 6 - Durchführung

Der für Jugend zuständige Minister ist mit der Durchführung des vorliegenden Erlasses beauftragt.

Eupen, den 15. März 2012

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft:

Der Ministerpräsident, Minister für lokale Behörden

K.-H. LAMBERTZ

Die Ministerin für Kultur, Medien und Tourismus

I. WEYKMANS

Anlage zum Erlass der Regierung vom 15. März 2012 zur Ausführung des Dekretes vom 6. Dezember 2011 zur Förderung der Jugendarbeit

Gehaltstabelle nach Artikel 4 § 2

Dienstalter	Basisbruttolohn Jugendarbeiter D.G.
0	15.868,22
1	16.536,85
2	17.008,36
3	17.609,67
4	18.081,18
5	18.887,65
6	18.887,65
7	20.210,44
8	20.210,44
9	21.028,20
10	21.116,43
11	21.934,20
12	21.934,20
13	22.751,95
14	22.751,95
15	23.569,71
16	24.025,66
17	24.843,41
18	24.843,41
19	25.661,17
20	25.661,17
21	26.478,94
22	26.478,94
23	27.296,69
24	27.296,69
25	28.114,45
26	28.114,45
27	28.246,82
28	28.246,82
29	28.246,82
30	28.246,82
31	28.246,82

Gesehen, um dem Erlass der Regierung vom 15. März 2012 zur Ausführung des Dekretes vom 6. Dezember 2011 zur Förderung der Jugendarbeit beigefügt zu werden.

Eupen, den 15. März 2012

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft:

Der Ministerpräsident, Minister für lokale Behörden

K.-H. LAMBERTZ

Die Ministerin für Kultur, Medien und Tourismus

I. WEYKMANS

TRADUCTION

MINISTÈRE DE LA COMMUNAUTÉ GERMANOPHONE

F. 2012 — 1357

[2012/202451]

**15 MARS 2012. — Arrêté du Gouvernement portant exécution du décret du 6 décembre 2011
visant à soutenir l'animation de jeunesse**

Le Gouvernement de la Communauté germanophone

Vu la loi spéciale du 8 août 1980 de réformes institutionnelles, l'article 20;

Vu la loi du 31 décembre 1983 de réformes institutionnelles pour la Communauté germanophone, l'article 7;

Vu le décret du 6 décembre 2011 visant à soutenir l'animation de jeunesse, les articles 6, 21, § 3 et 28, § 2, alinéa 3;

Vu l'avis de l'Inspecteur des Finances, donné le 18 novembre 2011;

Vu l'avis du Conseil de la jeunesse d'expression allemande, donné le 30 décembre 2011;

Vu l'accord du Ministre-Président, compétent en matière de Budget, donné le 5 janvier 2012;

Vu l'avis 50.872/3 du Conseil d'Etat donné le 7 février 2012, en application de l'article 84, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, 1^o, des lois sur le Conseil d'Etat, coordonnées le 12 janvier 1973;

Sur la proposition du Ministre de la Jeunesse,

Arrête :

Article 1^{er}. Définitions

Pour l'application du présent arrêté, l'on entend par :

1^o "décret" : le décret du 6 décembre 2011 visant à soutenir l'animation de jeunesse;

2^o "Gouvernement" : le Gouvernement de la Communauté germanophone;

3^o "Ministère" : le service compétent du Gouvernement de la Communauté germanophone.

Art. 2. Subside pour formations continuées internes

Peuvent être soutenues conformément à l'article 6 du décret les formations continuées internes :

1^o auxquelles participent au moins cinq personnes qui travaillent à titre bénévole ou à titre principal au sein de l'opérateur de jeunesse demandeur;

2^o qui comptent huit heures au moins.

La demande de subside sera introduite au plus tard trente jours avant le début de la formation continuée interne. Outre la preuve que les conditions visées à l'alinéa 1^{er} sont remplies, la demande contiendra une liste des formateurs indiquant leurs qualifications et coordonnées.

Les documents suivants seront introduits en vue de la liquidation du subside pour formations continuées internes :

1^o une évaluation, par les participants, des aptitudes et capacités acquises durant la formation continuée;

2^o une liste des participants;

3^o les justificatifs des frais.

Art. 3. Base pour la subsidiation des frais de personnel

§ 1^{er}. Sont considérés comme frais de personnel au sens des articles 21, § 3, et 28, § 2, alinéa 3, du décret, pour lesquelles les centres d'information pour la jeunesse soutenus et les employeurs actifs dans l'animation de jeunesse en milieu ouvert :

1^o le traitement brut;

2^o le pécule de vacances;

3^o la prime de fin d'année pour le personnel occupé, telle que décidée au sein de la Commission paritaire compétente;

4^o l'assurance contre les accidents du travail conclue pour le personnel occupé;

5^o les cotisations patronales dues en application de la législation sur la sécurité sociale des travailleurs salariés.

Sont aussi retenus d'autres avantages prescrits par la loi ou fixés dans un accord-cadre conclu avec le Gouvernement.

§ 2. L'échelle de traitement figurant dans l'annexe au présent arrêté sert de base pour la subsidiation des frais de personnel au sens des articles 21, § 3, et 28, § 2, alinéa 3, du décret. Les montants de cette échelle sont soumis aux fluctuations de l'indice des prix à la consommation. Au moment de l'entrée en vigueur du présent arrêté, l'indice-pivot pour cette échelle est de 138,01.

§ 3. Chaque année, le Ministère transmet l'échelle indexée aux centres d'information pour la jeunesse, aux employeurs actifs dans l'animation de jeunesse en milieu ouvert et aux communes.

§ 4. Après l'engagement d'un animateur, les opérateurs de jeunesse en milieu ouvert transmettent au Ministère une copie du contrat de travail, de l'extrait du casier judiciaire et des diplômes et lui communiquent sans délai toute modification du contrat de travail.

En vue de permettre la vérification des subsides pour frais de personnel au sens des articles 21, § 3 et 28, § 2, alinéa 3, du décret, les employeurs actifs dans l'animation de jeunesse en milieu ouvert et les centres d'information pour la jeunesse introduisent, chaque année avant la fin du mois de février, le formulaire mis à disposition, accompagné des documents suivants :

1° l'attestation d'un secrétariat social agréé ou d'autres justificatifs des frais pris en charge par l'employeur;

2° une copie du décompte individuel de l'animateur;

3° l'attestation de participation aux formations mentionnées à l'article 5, § 3, alinéa 1^{er}, 2, b), et alinéa 2, 2°, du décret.

Art. 4. Calcul des années d'ancienneté des animateurs engagés par les centres d'information pour la jeunesse et par les employeurs actifs dans l'animation de jeunesse en milieu ouvert.

Pour calculer la part subsidiable des frais de personnel au sens des articles 21, § 3 et 28, § 2, alinéa 3, il est tenu compte des années prestées en tant qu'animateur et pouvant être justifiées.

Pour calculer les années d'ancienneté, un engagement au cours du premier semestre produit ses effets au 1^{er} janvier précédent, tandis qu'un engagement au cours du deuxième semestre produit ses effets au 1^{er} janvier suivant.

Lors de l'engagement d'un animateur âgé de moins de 24 ans, seules les années prestées dans un emploi d'animateur et pouvant être justifiées sont prises en compte.

Lors de l'engagement d'un animateur qui a 24 ans accomplis mais n'a pas encore 30 ans, les années prestées dans un emploi d'animateur et pouvant être justifiées sont prises en compte. Si l'animateur ne compte pas les années d'ancienneté suivantes, il est également tenu compte d'années de carrière professionnelle pouvant être justifiées, à savoir :

1° pour un animateur de 24 ans : une année d'ancienneté;

2° pour un animateur de 25 ans : deux années d'ancienneté;

3° pour un animateur de 26 ans : trois années d'ancienneté;

4° pour un animateur de 27 ans : quatre années d'ancienneté;

5° pour un animateur de 28 ans : cinq années d'ancienneté;

6° pour un animateur de 29 ans : six années d'ancienneté.

Lors de l'engagement d'un animateur âgé de 30 ans ou plus, les années prestées dans un emploi d'animateur et pouvant être justifiées sont prises en considération. Si l'animateur concerné ne compte pas sept années d'ancienneté, il est également tenu compte d'années de carrière professionnelle pouvant être justifiées, sans toutefois dépasser sept années au total.

Si la carrière professionnelle totale justifiée dans d'autres emplois est inférieure à six mois, l'année n'est pas prise en considération; à partir de six mois, l'année est prise en considération.

Les années prestées en tant qu'animateur occupé au moins à mi-temps ou dans d'autres emplois sont prises en considération comme des années de service complètes.

Art. 5. Entrée en vigueur

Le présent arrêté entre en vigueur dix jours après sa publication au *Moniteur belge*.

L'article 3 entre en vigueur le 1^{er} janvier 2013.

Art. 6. Exécution

Le Ministre compétent en Matière de jeunesse est chargé de l'exécution du présent arrêté.

Eupen, le 15 mars 2012.

Pour le Gouvernement de la Communauté germanophone :

Le Ministre-Président, Ministre des Pouvoirs locaux,
K.-H. LAMBERTZ

La Ministre de la Culture, des Médias et du Tourisme,
I. WEYKMANS

**Annexe à l'arrêté du Gouvernement du 15 mars 2012 portant exécution du décret
du 6 décembre 2011 visant à soutenir l'animation de jeunesse**

Echelle de traitement visée à l'article 4, § 2

Ancienneté	Rémunération brute de base Animateur C.G.
0	15.868,22
1	16.536,85
2	17.008,36
3	17.609,67
4	18.081,18
5	18.887,65
6	18.887,65
7	20.210,44
8	20.210,44
9	21.028,20
10	21.116,43
11	21.934,20
12	21.934,20
13	22.751,95
14	22.751,95
15	23.569,71
16	24.025,66
17	24.843,41
18	24.843,41
19	25.661,17
20	25.661,17
21	26.478,94
22	26.478,94
23	27.296,69
24	27.296,69
25	28.114,45
26	28.114,45
27	28.246,82
28	28.246,82
29	28.246,82
30	28.246,82
31	28.246,82

Vu pour être annexé à l'arrêté du Gouvernement du 15 mars 2012 portant exécution du décret du 6 décembre 2011 visant à soutenir l'animation de jeunesse

Eupen, le 15 mars 2012.

Pour le Gouvernement de la Communauté germanophone :

Le Ministre-Président, Ministre des Pouvoirs locaux,
K.-H. LAMBERTZ

La Ministre de la Culture, des Médias et du Tourisme,
I. WEYKMANS

VERTALING

MINISTERIE VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

N. 2012 — 1357

[2012/202451]

15 MAART 2012. — Besluit van de Regering tot uitvoering van het decreet van 6 december 2011 ter ondersteuning van het jeugdwerk

De Regering van de Duitstalige Gemeenschap,

Gelet op de bijzondere wet van 8 augustus 1980 tot hervorming der instellingen, artikel 20;

Gelet op de wet van 31 december 1983 tot hervorming der instellingen voor de Duitstalige Gemeenschap, artikel 7;

Gelet op het decreet van 6 december 2011 ter ondersteuning van het jeugdwerk, de artikelen 6, 21, § 3, en 28, § 2, derde lid;

Gelet op het advies van de inspecteur van Financiën, gegeven op 18 november 2011;

Gelet op het advies van de Duitstalige Jeugdraad, gegeven op 30 december 2011;

Gelet op de akkoordbevinding van de Minister-President, bevoegd voor Begroting d.d. 5 januari 2012;

Gelet op advies 50.872/3 van de Raad van State, gegeven op 7 februari 2012 met toepassing van artikel 84, § 1, eerste lid, 1^o, van de wetten op de Raad van State, gecoördineerd op 12 januari 1973;

Op de voordracht van de Minister bevoegd inzake Jeugd,

Besluit :

Artikel 1. Definities

Voor de toepassing van dit besluit verstaat men onder :

1^o decreet : het decreet van 6 december 2011 ter ondersteuning van het jeugdwerk;

2^o Regering : de Regering van de Duitstalige Gemeenschap;

3^o Ministerie : de bevoegde dienst van de Regering van de Duitstalige Gemeenschap.

Art. 2. Subsidie voor interne voortgezette opleidingen

Interne voortgezette opleidingen komen overeenkomstig artikel 6 van het decreet in aanmerking voor ondersteuning indien :

1^o de voortgezette opleiding gevolgd wordt door minstens vijf personen die als vrijwilliger of in hoofdberoep in de aanvragende jeugdvoorziening werkzaam zijn;

2^o de voortgezette opleiding minstens acht uur beslaat.

De subsidieaanvraag moet uiterlijk dertig dagen voordat de interne voortgezette opleiding begint, worden ingediend. Naast het bewijs dat aan de voorwaarden van het eerste lid is voldaan, bevat ze ook een lijst van de opleiders, met vermelding van hun kwalificaties en contactgegevens.

De subsidie voor interne voortgezette opleidingen kan slechts worden uitbetaald als de volgende stukken zijn ingediend :

1^o een door de deelnemers gemaakte evaluatie van de bekwaamheden en vaardigheden die ze in de voortgezette opleiding hebben verworven;

2^o een lijst van de deelnemers;

3^o de bewijsstukken van de kosten.

Art. 3. Grondslag voor de berekening van de personeelssubsidie

§ 1 . Volgende uitgaven komen in aanmerking als personeelskosten in de zin van de artikelen 21, § 3, en 28, § 2, derde lid, van het decreet waarvoor de ondersteunde informatiecentra voor jongeren en de werkgevers uit de sector "open jeugdwerk" subsidie kunnen krijgen :

1^o het brutoloon;

2^o het vakantiegeld;

3^o de eindejaarspremie van de aangestelde personeelsleden die in de bevoegde paritaire commissie is bepaald;

4^o de arbeidsongevallenverzekering voor de aangestelde personeelsleden;

5^o de bijdragen die de werkgever met toepassing van de wetgeving betreffende de sociale zekerheid van de werknemers moet betalen.

Daarnaast gelden nog andere wettelijk voorgeschreven voordelen en voordelen die samen met de Regering in een raamovereenkomst zijn vastgelegd.

§ 2 . De grondslag voor de subsidiëring van de personeelskosten in de zin van de artikelen 21, § 3, en 28, § 2, derde lid, van het decreet is de weddeschaal die bij dit besluit is gevoegd. De bedragen van die weddeschaal zijn aan de schommelingen van het indexcijfer der consumptieprijzen gekoppeld. Bij de inwerkingtreding van dit besluit geldt voor die weddeschaal het spilindexcijfer 138,01.

§ 3 . Het Ministerie bezorgt de informatiecentra voor jongeren, de werkgevers uit de sector "open jeugdwerk" en de gemeenten jaarlijks de aan het indexcijfer aangepaste weddeschaal.

§ 4 . Na de aanstelling van een jeugdwerker dienen de jeugdvoorzieningen een afschrift van de arbeidsovereenkomst, van het uittreksel uit het strafregister en van de diploma's in bij het Ministerie. Bovendien delen ze elke wijziging van de arbeidsovereenkomst zo snel mogelijk aan het Ministerie mee.

De werkgevers uit de sector "open jeugdwerk" en de informatiecentra voor jongeren dienen jaarlijks, vóór eind februari, het ter beschikking gestelde formulier in dat als basis dient om de personeelssubsidies vermeld in de artikelen 21, § 3, en 28, § 2, derde lid, van het decreet te controleren. Bij dat formulier worden de volgende stukken gevoegd :

1° een attest van een erkend sociaal secretariaat of andere stukken die de kosten van de werkgever staven;

2° een afschrift van de individuele afrekening van de jeugdwerker;

3° een attest van deelneming aan de opleidingen vermeld in artikel 5, § 3, eerste lid, 2b, en tweede lid, 2°, van het decreet.

Art. 4. Berekening van de dienstjaren van jeugdwerkers die werkzaam zijn bij informatiecentra voor jongeren en bij werkgevers uit de sector "open jeugdwerk"

Bij de berekening van het subsidieerbare gedeelte van de personeelskosten in de zin van de artikelen 21, § 3, en 28, § 2, derde lid, van het decreet worden de aantoonbare dienstjaren als jeugdwerker in aanmerking genomen.

Voor de berekening van de dienstjaren geldt een aanstelling in de eerste helft van het jaar vanaf de voorafgaande eerste januari en een aanstelling tijdens de tweede helft van het jaar vanaf de daaropvolgende eerste januari.

Bij de aanstelling van een jeugdwerker die jonger is dan 24 jaar worden alleen de aantoonbare dienstjaren als aangestelde jeugdwerker in aanmerking genomen.

Bij de aanstelling van een jeugdwerker die de leeftijd van 24 jaar, maar nog niet de leeftijd van 30 jaar bereikt heeft, worden de aantoonbare dienstjaren als aangestelde jeugdwerker in aanmerking genomen. Indien de jeugdwerker op die manier niet aan de volgende dienstjaren komt, worden ter aanvulling aantoonbare jaren beroepservaring in aanmerking genomen :

1° voor een 24-jarige jeugdwerker : 1 dienstjaar;

2° voor een 25-jarige jeugdwerker : 2 dienstjaren;

3° voor een 26-jarige jeugdwerker : 3 dienstjaren;

4° voor een 27-jarige jeugdwerker : 4 dienstjaren;

5° voor een 28-jarige jeugdwerker : 5 dienstjaren;

6° voor een 29-jarige jeugdwerker : 6 dienstjaren.

Bij de aanstelling van een jeugdwerker die de leeftijd van dertig jaar bereikt heeft, worden de aantoonbare dienstjaren als aangestelde jeugdwerker in aanmerking genomen. Indien de jeugdwerker op die manier niet aan zeven dienstjaren komt, worden ter aanvulling aantoonbare jaren beroepservaring in aanmerking genomen, zonder dat in totaal meer dan zeven jaren in aanmerking worden genomen.

Indien de som van de aantoonbare beroepservaring in andere activiteiten minder dan zes maanden bedraagt, wordt het jaar niet in aanmerking genomen; vanaf zes maanden wordt het jaar wel in aanmerking genomen.

De dienstjaren als minstens halftijds aangestelde jeugdwerker of als minstens halftijds aangestelde in een andere functie worden als volledige dienstjaren in aanmerking genomen.

Art. 5. Inwerkingtreding

Dit besluit treedt in werking tien dagen na de bekendmaking ervan in het *Belgisch Staatsblad*.

Artikel 3 treedt in werking op 1 januari 2013.

Art. 6. Uitvoering

De Minister bevoegd inzake Jeugd is belast met de uitvoering van dit besluit.

Eupen, 15 maart 2012.

Voor de Regering van de Duitstalige Gemeenschap :

De Minister-President, Minister van Lokale Besturen,
K.-H. LAMBERTZ

De Minister van Cultuur, Media en Toerisme,
I. WEYKMANS

Bijlage bij het besluit van de Regering van 15 maart 2012 tot uitvoering van het decreet van 6 december 2011 ter ondersteuning van het jeugdwerk

Weddeschaal in de zin van artikel 4, § 2

Anciënniteit	Basisloon bruto jeugdwerker D.G.
0	15.868,22
1	16.536,85
2	17.008,36
3	17.609,67
4	18.081,18
5	18.887,65
6	18.887,65
7	20.210,44
8	20.210,44
9	21.028,20
10	21.116,43
11	21.934,20
12	21.934,20
13	22.751,95
14	22.751,95
15	23.569,71
16	24.025,66
17	24.843,41
18	24.843,41
19	25.661,17
20	25.661,17
21	26.478,94
22	26.478,94
23	27.296,69
24	27.296,69
25	28.114,45
26	28.114,45
27	28.246,82
28	28.246,82
29	28.246,82
30	28.246,82
31	28.246,82

Gezien om te worden gevoegd bij het besluit van de Regering van 15 maart 2012 tot uitvoering van het decreet van 6 december 2011 ter ondersteuning van het jeugdwerk.

Eupen, 15 maart 2012.

Voor de Regering van de Duitstalige Gemeenschap :

De Minister-President, Minister van Lokale Besturen,
K.-H. LAMBERTZ

De Minister van Cultuur, Media en Toerisme,
I. WEYKMANS